

CVP ist die Bauernpartei im Kanton Zug

Offensichtlich sind der SVP die Wahren Argumente für den Wahlkampf ausgegangen. Weshalb müsste sonst NR Thomas Aeschi den Rundbrief des Zuger Bauernverbandes so spitzfindig in seinem Leserbrief wiedergeben? Der Zuger Bauernverband setzt sich seit jeher, mit einer sehr engagierten und erfolgreichen Sachpolitik für unsere Bauernfamilien ein. Mit einer Parteipolitik würden bestimmt keine tragbaren, breitabgestützten Mehrheiten gefunden werden können. Deshalb unterstützt der Zuger Bauernverband in seinem Rundbrief sämtliche bäuerlichen Vertreter von Links über die Mitte bis Rechts zur Wahl in den Kantons- und Regierungsrat. Als CVP-Vertreter könnte ich dieses Schreiben wie folgt interpretieren: Der Zuger Bauernverband bittet in seinem Rundschreiben alle SVP Wähler die beiden CVP-Kandidaten Hans Baumgartner (Cham) und Fridolin Ulrich (Neuheim) in den Kantonsrat und Peter Hegglin in den Regierungsrat zu wählen. Diese Aussage

ist zwar korrekt, aber genauso pointiert wie die Zusammenfassung von NR Thomas Aeschi. Weiter freut sich Thomas Aeschi sehr, dass offensichtlich die landwirtschaftsfreundliche Politik der SVP auch im Kanton Zug honoriert würde. Beweis dafür ist möglicherweise die aktuelle Zusammensetzung des Kantonsrates. Die SVP stellt 0% der bäuerlichen Vertreter im Rat! Fakt ist, dass während den letzten beiden Legislaturen die CVP immer die stärkste Bauernpartei war. Die politische Knochenarbeit wurde in den letzten acht Jahren vom bäuerlichen Vertreter der CVP erledigt! Die CVP ist meines Wissens die einzige Kantonsratsfraktion mit einer internen Arbeitsgruppe zum Thema Landwirtschaft. Zum Schluss will ich es nicht unterlassen allen Politikern, welche mitgeholfen haben die Anliegen der bäuerlichen Bevölkerung mitzutragen herzliche zu danken. Wie einleitend erwähnt, ist dies nur dank Unterstützung aus allen politischen Lagern möglich!

Thomas Rickenbacher, Cham

Sagen Sie «ja» zur MwSt.-Initiative

Am 28. September 2014 stimmen wir über die Volksinitiative «Schluss mit der Mehrwertsteuer Diskriminierung des Gastgewerbes» ab. Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab. Bei allen Vermutungen, Unterstellungen und Behauptungen der Gegner gilt es, den Kern unseres Anliegens im Auge zu behalten: Mit den zur Zeit geltenden unterschiedlichen MwSt. Sätzen ist die bediente Gastronomie (8%

MwSt.) gegenüber den «Take Away» Betrieben (2.5%) erheblich benachteiligt und leidet unter dieser Ungerechtigkeit genau so wie unsere Gäste, die damit eine mehr als dreifache Mehrwertsteuer bezahlen. Mit einem «Ja» schaffen Sie diese Ungerechtigkeit aus der Welt und stärken der bedienten Gastronomie den Rücken. Dafür danke ich Ihnen von Herzen!

Daniel Kühne, Oberägeri

Gleich tiefer Mehrwertsteuersatz

«Für hier oder zum Mitnehmen?» Bestimmt wurden Sie dies auch schon mal an einem Imbiss-Stand oder in einem der bekannten amerikanischen Schnell-Verpflegungs-Restaurants gefragt. Während für das Essen im Lokal 8% Mehrwertsteuer anfallen, sind es für das Mitnehmen für die gleiche Leistung nur 2,5%. Dies bedeutet, dass ein Kaviar-Brötli zum Mitnehmen mit einem reduzierten Satz besteuert wird, während beim Mittagmenü des Arbeiters oder der Familie beim Familienausflug die volle Mehrwertsteuer-Belastung anfällt. Mit der Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gast-

gewerbes», über welche wir am 28. September abstimmen, soll für alle Nahrungsmittel im Gastgewerbe der gleich tiefe Mehrwertsteuersatz gelten, unabhängig davon, wo diese konsumiert werden. Ein «Ja» zu dieser Initiative führt zu weniger hohen Preisen in Restaurants, Verminderung von administrativen Abläufen und Sicherung von Arbeitsplätzen im Gastgewerbe und im Tourismus. Die SVP setzt sich ein für eine tiefe Steuerbelastung, weniger Regulierung bei Wirtschaft und Gewerbe und Erhalt von Arbeitsplätzen und empfiehlt deshalb ein «Ja» zu dieser Initiative.

Markus Hürlimann, Allenwinden

Engagierter Gewerbler in den Kantonsrat

Silvan Hotz kenne ich seit seinen Kindertagen. Er wuchs in einer für Kultur und Politik sehr engagierten Familie auf. Das hat sich auf seine berufliche Entwicklung als Bäckermeister, Unternehmer und Politiker positiv ausgewirkt. Silvans Vater war schon Unternehmer, und der eine oder andere Bruder sind es auch. Freude an der Politik und Gemeinschaftssinn in der Familie haben Silvan Hotz entscheidend geprägt. Als CVP-Kantonsrat politisiert er mit Überzeugung für bürgerliche Werte. Dank eigener Erfahrungen im aufstrebenden Bäckerei-Unternehmen und jenen aus

seiner Zeit als Präsident des kantonalen Gewerbeverbandes kennt er die Sorgen und Bedürfnisse unserer KMU genauso, wie jene der Zugerinnen und Zuger. Sein politisches Anliegen: dass sich die Schule - nebst der Schule fürs Leben - künftig vermehrt auch nach den Bedürfnissen der Wirtschaft richtet und Unternehmen gute Rahmenbedingungen vorfinden. Ich kann Ihnen, liebe Baarer, Silvan Hotz mit Überzeugung zur Wiederwahl in den Kantonsrat empfehlen. Nicht zuletzt, weil ich lieber mehr Wirtschaft in der Politik sehe, statt umgekehrt.

Bruno Fäh, Baar

Gefährdung der Autonomie

GLP Nationaler Finanzausgleich (NFA)

Die gesamtschweizerisch beispieslos hohen Zahlungen des Kantons Zug gefährden zusehends seine in der Bundesverfassung garantierte Finanzautonomie.

Von Daniel Stadlin

Der Föderalismus ist ein tragendes Prinzip der schweizerischen Verfassung. Wesentliches Element ist die Finanzautonomie der einzelnen Kantone. Im Finanzausgleich ist der Kanton Zug der grösste «Pro-Kopf» Geberkanton. Er bezahlt jedes Jahr mehr in den horizontalen Ressourcenausgleich ein. 2015 werden es 25% seines Steuerertrages oder 2800 Franken pro Kopf sein. Achtmal mehr, als der Kanton Zürich zahlen muss. Der Betrag den die Geberkantone an den Ressourcenausgleich aufzubringen haben, basiert nicht auf dem effektiv finanzierbaren, sondern wird mittels Bundesbeschluss jeweils für vier Jahre festgelegt. Dabei haben die Geberkantone, aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Stände- und Nationalrat, keine Möglichkeit den



Bild: z.v.g.

Daniel Stadlin, Kantonsrat GLP, Zug.

Betrag zu beeinflussen. Weil zudem die ressourcenstarken Kantone solidarisch für den Gesamtbeitrag in den horizontalen Ressourcenausgleich haften, führt eine

markante Verminderung des Ressourcenpotenzials in einem Kanton zu höheren Beitragszahlungen in anderen Geberkantonen. So hat der Rückgang des Ressourcenpotenzials des Kantons Zürich für den Kanton Zug die fatale Folge, dass er neben den Nehmerkantonen zusätzlich auch den Geberkanton Zürich mitfinanzieren muss. Es kann jedoch nur umverteilt werden, was auch erwirtschaftet wird. Die wirtschaftliche Schwäche eines Geberkantons darf nicht dazu führen, dass die anderen ressourcenstarken Kantone den wegfallenden Beitrag automatisch übernehmen müssen. Dieser Automatismus muss gestoppt werden. Das Finanzausgleichsgesetz ist jedoch beim Bundesgericht nicht anfechtbar. Um diesen Mangel zu beheben habe ich im Kantonsrat eine Motion eingebracht, die den Regierungsrat beauftragt, eine Ständesinitiative zur Einführung eines Beschwerde-rechts der Kantone vor Bundesgericht im Bereich des NFA einzureichen und dies mit anderen Geberkantonen zu koordinieren.

Ich wünsche mir!

SP Für ein besseres Zusammenleben für alle

Jeannette Simeon-Dubach sagt für nicht, was sie im Falle einer Wahl alles ändern würde, sie verrät uns hier ihre Wünsche.

Von Jeannette Simeon-Dubach

Während dem Wahlkampf sagt man eigentlich, was man bei einer möglichen Wahl alles ändern würde. Was man hingegen weniger macht, sind Wünsche zu formulieren. Ich mache es trotzdem und wünsche mir: Mehr Mass: Dass man sich wieder vermehrt auf wirklich Wichtigstes konzentriert. Auf das Angemessene und Vernünftige. Und sich zum Beispiel nicht wochenlang darüber aufhält, was der Geri M in seinem Privatleben macht. Mehr Toleranz: Dass man dem Gegenüber besser zuhört, sich auch auf andere Sprachen und Religionen einlässt. Verständnis für andere Bedürfnisse entwickelt und sich so differenziert und eigenständig eine Meinung bil-



Bild: z.v.g.

Jeannette Simeon-Dubach
SP-Präsidentin Walchwil und
Gemeinderatskandidatin.

det. Und nicht nur facebookmässig Daumen rauf oder Daumen runter zeigt. Mehr Engagement in den Vereinen: Dass es wieder mehr Personen gibt, die in einem Vorstand mitarbeiten, sich engagieren und sich in ein Projekt hinein knien. Und dann entdecken, dass dank der Freiwilligenarbeit wertvolle Freundschaften und bereichernde Erfahrungen gemacht werden können. Mehr Zulauf bei den politischen Parteien: Dass sich die Bürgerinnen und Bürger wieder vermehrt aktiv in die Dorf-, Kantons- und Bundespolitik einmischen. Dass die konstruktive Auseinandersetzung gepflegt, der politische Gegner respektiert und geachtet wird. So entstehen kreative Ideen und starke Konzepte und daraus ein besseres Zusammenleben für alle. Und, ja klar.... natürlich wünsche ich mir auch, dass ich in den Gemeinderat gewählt werde.

Chance verpasst

Der Strassenabschnitt zwischen Bahnhof und Metalli ist über den Sommer mit viel Aufwand saniert worden. Nun sind die Arbeiten abgeschlossen. Nur, was wurde eigentlich gemacht? Ausser den Haltekanten, die nun behindertengerecht ausgestaltet sind, ist praktisch alles wie vorher. Der hässliche Metallzaun ist wieder da, der wichtigste Fussgängerstreifen ist nach wie vor zu schmal und zudem weiterhin nicht in der Verbindungssache Bahnhof-Metalli. Die Strassenrandabschlüsse haben tiefe in den Fussgängerbereich hineinragende Ausbuchtungen. Weiss der Kuckuck für was die gut sein sollen. Immerhin wird sich die Fahrgastinformation mit den beiden «Infopoints» noch etwas verbessern.

Trotzdem. Ganz offensichtlich haben Kanton und Stadt eine Chance verpasst, die Aufenthaltsqualität dieses Gebietes mit dem wichtigsten ÖV-Knotenpunkt und dem meistfrequentierten innerstädtischen Bereich unseres Kantons, wirklich aufzuwerten und zu verbessern. Das hätte auch nicht alle Welt gekostet. Mit der Nordzufahrt und der Deklassierung der Baarerstrasse wurde nämlich die angestrebte Verkehrsentslastung der Baarerstrasse, insbesondere zwischen Gubel- und Gotthardstrasse, nachweislich erreicht. Einer konkreten Umgestaltung zu einem verkehrsberuhigten Bereich mit Busbahnhof und Verweilzone würde also nichts mehr im Weg stehen. Der Aussenraum Bahnhof-Metalli

könnte bereits heute, unabhängig ob nun der Stadttunnel jemals gebaut wird oder nicht, neu organisiert und gestaltet werden. Es ist nicht mehr zwingend, dass der motorisierte Individualverkehr dieses von Bus- und Bahnbesucher, Arbeitende, Einkaufende, Besucher, Fussgänger und Anwohner stark frequentierte innerstädtische Gebiet auch weiterhin auf diese Weise dominiert. Die Neuorganisation und Neugestaltung einzig auf die Eröffnung des Stadttunnels in 14 bis 20 Jahren auszurichten, ist in Anbetracht der nach wie vor unbefriedigenden Situation, keine zufrieden stellende Strategie. Es gibt auch ein Leben vor dem Stadttunnel. Wenn es besser werden soll, muss es anders werden.

Daniel Stadlin, Zug